

„Mediation“ statt Recht ?

Die anhaltende Einschüchterung der Pfarrerschaft.

Mediation entspricht weder unserer Erkenntnis noch ist sie kurzfristig hilfreich: Dazu verweisen wir auf die Anregungen zu **"Unterdisziplinarisch"...**

Die Kirche soll ihr Recht anwenden, sonst ist nichts anzuwenden und nichts zu unternehmen: Lehrzucht-, Disziplinarverfahren, gesundheitliche Fürsorge (ohne zu psychiatrisieren!). Wartestands- oder Ruhestandsversetzungen dürfen allenfalls härteste Disziplinarstrafen sein oder aus gesundheitlichen Gründen erfolgen und dürfen nicht länger die Folgen einer Abberufung im Interesse des Dienstes ohne Schuldfeststellungen (wegen Ungedehlichkeit) sein.

Ein neues unklares Rechtsfeld "Mediation" würde nur vom "Regen in die Traufe" führen und gibt dem möglicherweise doch abberufenden LKA nur Einblick hinter die eigene Schutzlinie! (Ungedehlichkeitsparagrafen gehören abgeschafft, nachdem das frühere Erfordernis eines "Tatbestandes" entfallen ist (Beispiel: Ehepartner hat goldene Löffel geklaut, Pfarrer kann und will seine Frau nicht verlassen, also hilft Kirche anderswo zu Neuanfang).

Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 2 BVR 1387/02 können Beamtenpensionen gekürzt werden. In den alten EKU Kirchen geschieht dies durch eine Formel, die schließlich die Pensionen um 5 % absenkt und abkoppelt von den künftigen Steigerungen von Beamtenbesoldungen, so dass die Pensionen nicht mehr 75%, sondern 70% betragen. In den Ruhestand durchgeschobene Pfarrer erhalten, z.B. 45 Jahre alt, jetzt ca. 50% als Ruhestandsbezüge. Die aber werden ebenfalls abgesenkt. Das Ergebnis ist dann vorläufig nur noch ca. 47,5 % als Ruhestandsbezüge. Dazu kommen die Mehrwertsteuererhöhungen und wer weiß was noch. Wenn der heutige 45 Jährige den Ruhestand erreicht, steht er vielleicht als Sozialhilfebedürftiger da.

Die alten EKU Kirchen halten auch ihre pensionierten Pfarrer unter dem Pfarrerdienstrecht, d.h. die Pfarrer können noch im Ruhestand diszipliniert werden und als Strafe weitere Pensionskürzungen erleiden.

Auch Nebenbeschäftigungen, Arbeitsstellen, Ehrenämter, Ausbildungen etc. müssen sich die 40 jährigen erst vorab genehmigen lassen. Sie haben also ein Damoklesschwert über dem Kopf. Sie sind wegen der lang andauernden Genehmigungsverfahren auf dem Bewerbermarkt/Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig. Sie werden ständig noch gehindert und bedroht, wenn sie sich um Erwerb kümmern, den sie für den Unterhalt heute und um eine etwaige Rente fürs Rentenalter abzusichern dringend nötig haben.

Diese Probleme gehören jetzt wahrgenommen von den Pfarrvereinen. Die müssen Abhilfe fordern und Gesetzesänderungstexte den Synoden und Kirchenleitungen vorschlagen.